

Antrag zur Mitgliederversammlung des BUND Berlin am 16. April 2021

Im Konsens mit den Antragsstellern geänderte Fassung des Antrags zu „Deutsche Wohnen und Co. Enteignen“ bei ökologischen Fragen Beratung anbieten

Antragssteller des Ursprungsantrags: Landesvorstand der BUNDjugend Berlin und AK Nachhaltigkeit

„Deutsche Wohnen und Co. Enteignen“ bei ökologischen Fragen Beratung anbieten

Neu gefasster Antragstext:

Der BUND Berlin stellt fest, dass der Gebäudesektor fast die Hälfte der Treibhausgasemissionen Berlins verursacht und eine energetische Modernisierung des Gebäudebestandes dringend vorangetrieben werden muss.

Im Rahmen seiner Strategieentwicklung für die Wärmewende in Berlin wird der BUND Berlin insbesondere auch Vorschläge für die ökologische und sozial gerechte Modernisierung von gemeinwohlorientierten Wohnungsgesellschaften erarbeiten. Gerade diese können und müssen eine Vorreiterrolle für eine sozial gerechte, ökologische Modernisierung für den Wohnungsbestand übernehmen.

In diese Strategieentwicklung wird der BUND Berlin auch die Initiative Deutsche Wohnen & Co. enteignen einbinden. Zudem bietet der BUND Berlin der Initiative an, sie auch zu weiteren ökologischen Anforderungen an eine mögliche Vergesellschaftung von Immobilienkonzernen zu beraten bzw. diese mit ihr zu diskutieren (Natur- und Artenschutz, Anpassung an den Klimawandel, Mobilität, Abfall und Ressourcenschutz, zukunftsfähiges Wohnen etc.).

Um die politische Meinungsbildung zum laufenden Volksbegehren zu unterstützen, soll der BUND Berlin eine Diskussion zu den Chancen und Risiken der geforderten Vergesellschaftung von großen Wohnungsgesellschaften aus ökologischer Sicht anstoßen. Dazu soll die Geschäftsstelle des BUND Berlin im Vorfeld des Volksentscheids unter anderem mindestens eine Diskussionsveranstaltung organisieren.

Begründung:

s. Ursprungsantrag